

Gemeinde Kall Der Bürgermeister	Vorlagen-Nr. 8/2017	Sitzungstermin 24.01.2017	öffentliche Sitzung
Vorlage erstellt: 06.01.2017	Federführung: 1.3	TL: Frau Emons SB: Frau Gempfer	
An den Ausschuss für Jugend, Schule, Soziales, Kultur und Sport mit der Bitte um	Beschlussfassung	Mitzeichnung durch	
	Fassung eines Empfehlungs- beschlusses an den	Bürgermeister	
	X Kenntnisnahme	Allg. Vertreter	
<u>Haushaltsmäßige Auswirkungen:</u>		Teamleiter/in	
X Vorlage berührt nicht den Haushalt.			
Mittel verfügbar bei		Euro	Sachbearbeiter/in
über-/außerplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen erforderlich bei PSK Deckung erfolgt durch PSK		Euro	Kämmerer, wenn haus- haltsrechtl. Auswirkungen:

TOP 3.3

Sachstandsbericht Wohnsitzauflage

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Jugend, Schule, Soziales, Kultur und Sport nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachdarstellung:

Das seit 06.08.2016 geltende neue Integrationsgesetz des Bundes legt fest, dass Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung mindestens drei Jahre lang in dem Bundesland bleiben müssen, dem sie zugeteilt wurden. Welche Auflagen darüber hinaus gelten, liegt im Ermessen der Länder.

Eine Verordnung der Landesregierung NRW (September 2016) legt fest, dass anerkannte Asylbewerber in der Regel mindestens drei Jahre in der Kommune bleiben müssen, der sie zugewiesen werden. Ausgenommen von der Wohnsitzregelung sind Flüchtlinge, die bereits eine Ausbildung machen oder sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Zudem soll die landesinterne Verteilung nach einem neuen Verteilungsschlüssel (Integrations-schlüssel Kall z.Zt. 0,099742635104) für bereits anerkannte Flüchtlinge erfolgen. Demzufolge werden der Gemeinde Kall in den kommenden Wochen und Monaten weitere, bereits anerkannte Flüchtlinge zugewiesen. Die Zuweisungen erfolgen ab März 2017.

Sowohl für die bereits in Kall lebenden anerkannten Flüchtlinge als auch für die künftig neu zu-gewiesenen anerkannten Flüchtlinge gilt es, adäquaten Wohnraum zu finden. In der Verwaltung werden dazu Maßnahmen entwickelt und umgesetzt (Netzwerke, Pressebericht, Kontakt zu Mak-lern etc.), die erste Resonanzen zeigen. Gleichzeitig wird auch die Politik gebeten, hier als Multi-plikatoren zu wirken und die Suche nach Wohnraum im Gemeindegebiet zu unterstützen.